

**Satzung**  
**über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und**  
**auf das Spielen um Geld oder Sachwerte**  
**(Spielapparate-Steuersatzung)**  
im Gebiet der Gemeinde/~~Stadt~~ ...~~F.r.i.e.m.a.r.~~... vom 18.03.1999...

Aufgrund der §§ 19 Abs. 1 und 21 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (ThürKO) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 501) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 14. April 1998 (GVBl. S. 73) sowie der §§ 1, 2 und 5 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) vom 07. August 1991 (GVBl. S. 285, 329) in der Fassung des 2. Änderungsgesetzes vom 10. November 1995 (GVBl. S. 342) hat der Gemeinde-rat/Stadtrat der Gemeinde/~~Stadt~~ Friemar..... in der Sitzung vom 18.03.1999 .. die folgende Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte (Spielapparate-Steuersatzung) beschlossen, die nach Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde ..... vom ..... hiermit bekanntgemacht wird:

**§ 1**  
**Steuererhebung**

Die Gemeinde/Stadt erhebt eine Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte als örtliche Aufwandsteuer nach Maßgabe des in § 2 aufgeführten Besteuerungstatbestandes.

**§ 2**  
**Steuergegenstand, Besteuerungstatbestand**

Gegenstand der Steuer ist der Aufwand für die Benutzung von Spiel- und Geschicklichkeitsapparaten, soweit sie öffentlich zugänglich sind. Sportgeräte wie z.B. Billiard, Darts und Tischfußball sowie Musikautomaten unterliegen nicht der Spielapparatesteuer.

**§ 3**  
**Bemessungsgrundlagen**

Bemessungsgrundlage ist die Zahl der Apparate.

**§ 4**  
**Steuersätze**

(1) Die Steuer beträgt:

- |                                       |           |
|---------------------------------------|-----------|
| 1. für Apparate mit Gewinnmöglichkeit | 75,00 DM  |
| in Gaststätten                        | 150,00 DM |
| in Spielhallen                        |           |
| je Kalendermonat und Gerät,           |           |

- |  |           |
|--|-----------|
| 2. für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit<br>mit Ausnahme der Apparate nach Ziffer 3<br>in Gaststätten  | 40,00 DM  |
| in Spielhallen   | 80,00 DM  |
| je Kalendermonat und Gerät,  |           |
| <br>3. für Apparate, mit denen sexuelle Handlungen<br>oder Gewalttätigkeiten dargestellt werden oder die<br>eine Verherrlichung oder Verharmlosung des<br>Krieges zum Gegenstand haben | 400,00 DM |
| je Kalendermonat und Gerät.  |           |

(2) Angefangene Kalendermonate sind voll zu berechnen.

### § 5 Steuerschuldner

Steuerschuldner ist der Veranstalter, wobei der Halter (Eigentümer bzw. derjenige, dem der Apparat vom Eigentümer zur Nutzung überlassen ist) als Veranstalter gilt.

### § 6 Anzeigepflicht

Der Veranstalter ist verpflichtet, das Aufstellen von Apparaten schriftlich unter Angabe des Aufstellungsortes, der Art des Gerätes, des Zeitpunktes der Aufstellung bzw. Entfernung, des Namens und der Anschrift des Aufstellers innerhalb von 2 Wochen der Gemeinde/Stadt mitzuteilen.

### § 7 Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Steuerschuld entsteht mit der Verwirklichung des Besteuerungstatbestandes.
- (2) Der Steuerschuldner ist verpflichtet, die Steuer selbst zu errechnen. Bis zum 15. Tage nach Ablauf eines Kalendervierteljahres ist dem Steueramt eine Steuererklärung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen und die errechnete Steuer an die Gemeinde-/Stadt-Kasse zu entrichten. Ein Steuerbescheid ist nur dann zu erteilen, wenn der Steuerpflichtige eine Steuererklärung nicht abgibt oder die Steuerschuld abweichend von der Erklärung festzusetzen ist.

### § 8 Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

Vertreter der Gemeinde/Stadt sind berechtigt, während der üblichen Geschäfts- und Arbeitszeiten zur Nachprüfung der Steuererklärungen und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Veranstaltungsräume zu betreten und Geschäftsunterlagen einzusehen.

**§ 9**  
**Geltung des Gesetzes über kommunale Abgaben**

Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, gelten die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Abgaben in ihrer jeweiligen Fassung.

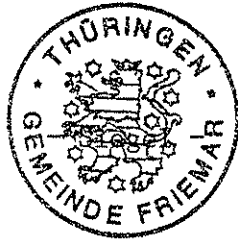
**§ 10**  
**Übergangsvorschriften**

Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bereits aufgestellten Apparate sowie die bereits unterhaltenen Spielbetriebe sind der Gemeinde/Stadt durch den Veranstalter spätestens innerhalb von 14 Tagen nach Inkrafttreten der Satzung mitzuteilen.

**§ 11**  
**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Friemar, den 06.04.1999



*Just*  
J u s t  
Bürgermeister